

# **Das Phänomen der wechselseitigen Beteiligungen aus juristischer Sicht**

**Herleitung und Entwicklung  
von Vorschlägen für  
eine gesetzgeberische Reform**

**von**

**Dr. Ulrich Wastl**  
Rechtsanwalt in München

**Dr. Franz Wagner**  
Rechtsanwalt in München



**PETER LANG**

Frankfurt am Main · Berlin · Bern · New York · Paris · Wien

# Inhaltsverzeichnis

Prolog.....	5
 <b>Kapitel A.</b>	
Vorbemerkung/Vorwort.....	11
I. Zum Inhalt und Gegenstand des Gutachtens .....	11
II. Zur Methodik des Gutachtens .....	12
III. Zur Vorgehensweise bei der Herleitung und Entwicklung von Vorschlägen für die Reform der gesetzlichen Grundlagen zum Phänomen der wechselseitigen Beteiligungen.....	13
 <b>Kapitel B.</b>	
Der vom Gesetzgeber zu bewältigende Sachverhalt und erste syste- mimmanente Lösungsansätze .....	15
I. Begriff der wechselseitigen Beteiligungen.....	15
II. Ein konkretes Beispiel: Die sogenannte Deutschland AG.....	18
III. Konsequenzen bei Vorliegen wechselseitiger Beteiligungen - Ver- gleich mit allgemeinen Prinzipien .....	20
1. Verselbständigung der Verwaltungen durch das Entste- hen von Verwaltungsstimmrechten .....	21
a) Allgemeines.....	21
b) Bestimmung der schädlichen Quote anhand von gesetzlichen Wertungen.....	24
c) Abstimmungsgegenständlich bezogener Stimm- rechtsausschluß.....	26

d)	Erste Zusammenfassung .....	28
2.	Mißbrauchspotential.....	29
3.	Gefahr der Kapitalverwässerung .....	33
a)	Allgemeines.....	33
b)	Der Streit um die zutreffende Korrektur .....	35
4.	Sonstige Konsequenzen - Konzentrationstendenzen sowie das interdependente Verhältnis zur Bankenmacht .....	40
IV.	Fazit .....	42

## Kapitel C.

### Gesetzgeberische Lösungsmodelle.....45

I.	Die Lösung des bundesdeutschen Gesetzgebers für Aktiengesellschaften und KGaA als wechselseitig beteiligte Unternehmen - zugleich Kritik .....	45
1.	Die gesetzliche Regelung im Überblick.....	45
2.	Die gesetzliche Regelung in Einzelheiten, zugleich Kritik....	48
a)	Überschreiten der 25 %-Grenze durch beide Unternehmen .....	48
b)	Fehlendes Regulativ bei geringer Hauptversammlungspräsenz .....	50
c)	Keine Anordnungen betreffend die bilanzielle Behandlung .....	51
d)	25 %-Quote nur maßgeblich für das zweite diese Grenze überschreitende Unternehmen .....	52
e)	Ringbeteiligungen.....	53

f)	Einschaltung ausländischer Gesellschaften.....	53
g)	Abhängigkeitsverhältnisse .....	55
h)	Die Übergangsregelung des § 6 EG-AktG .....	57
i)	Pauschale Erfassung aller Rechte aus Anteilen.....	57
II.	Andere gesetzliche Regelungsstatute .....	58
1.	Bundesdeutsche Gesetze für wechselseitig beteiligte GmbH - die Lösung für den Mittelstand .....	58
2.	Italien.....	60
3.	Frankreich .....	62
4.	Schweiz .....	65
5.	EU-Richtlinien .....	67

## **Kapitel D.**

	<b>Zusammenfassende Schlußbetrachtung und Skizzierung der Forderungen an den Gesetzgeber .....</b>	<b>69</b>
--	--	-----------

I.	Exkurs: Die historische Entwicklung der aktienrechtlichen Bestimmungen zu wechselseitigen Beteiligungen.....	69
II.	Unser systemimmanentes "Minimallösungsmodell" .....	71
III.	Unser - in der jetzigen Situation - optimales Lösungsmodell.....	75
IV.	Abschließendes Fazit und Ausblick .....	78

Abkürzungsverzeichnis.....	81
Literaturverzeichnis.....	85
Stichwortverzeichnis.....	89
Anlage .....	93